

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

1.6.1921 (No. 124)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14
Hauptredaktion: Nr. 953 und 954
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur C. A. M. e. n. d. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts fest ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P; — Einzelnummer 25 P — Anzeigengebühr: die 2mal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Absatz, der als Kassenabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, gungswesiger Beitreibung und Kontroversverfahren fällt der Absatz fort. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Der Wiederaufbau.

Wenn nicht unvorhergesehene Zwischenfälle dem Kabinett Wirth ein vorzeitiges Ende bereiten, so wird dieses Kabinett dazu berufen sein, uns aus dem Zustand der Aufräumungsarbeit in den einer planmäßigen Wiederaufbautätigkeit hinüberzuführen. So wie erst einmal die oberste Frage entschieden ist, wird sich der Hauptplatz völlig überblenden lassen, und es wird der Reichsregierung möglich sein, mit der Bewirtlichung aller der Pläne Ernst zu machen, die für den Wiederaufbau bestehen. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß die Regierung für ihre Pläne eine Mehrheit im Parlament findet, und daß das deutsche Volk selbst verständnisvoll genug ist, um die Regierung bei dieser Arbeit zu unterstützen.

Dieser Wiederaufbau ist notwendig nicht nur in unserem eigenen Interesse, sondern auch im Interesse des ganzen Auslandes. Durch die Annahme des Ultimatums der Entente haben wir uns zu Leistungen verpflichtet, die unserer gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Politik auf Jahrzehnte hinaus die Richtung vorschreiben. Diese Leistungen müssen wir vollbringen. Und als Motto wird über der nächsten Zukunft unseres Volkes das Wort geschrieben stehen: „Arbeiten, um wieder leben zu können, und arbeiten, um wieder frei zu werden!“

Die innige Verschmelzung innerpolitischer und außenpolitischer Notwendigkeiten, wie sie durch den jetzigen Zustand für uns gegeben ist, wird allmählich allen Schichten unseres Volkes bewußt werden. Und wenn gegen diese Erkenntnis gefrevelt wird, so wird es sich dabei nur noch um bösen Willen handeln können. Das Machtgebot der Entente zwingt uns zu höchster Produktion. Gleichzeitig aber ist dieses Höchstmaß an Leistungen auch die Vorbedingung für unseren Wiederaufbau im Innern.

Gewiß wird sich ganz von selbst die bange Frage auf, ob wir denn beiden Erfordernissen werden gerecht werden können. Bezeichnenderweise traut das Ausland uns solches zu. Und wer Gelegenheit hat, mit Männern zu sprechen, die die Länder Europas zu bereisen haben, der wird immer wieder hören, daß man dort überall ein auffallend starkes Vertrauen zur deutschen Arbeitskraft und zur deutschen Ordnungsliebe hat, ja, daß man geradezu bei einem Vergleich die Zustände bei uns heute bereits wieder als die verhältnismäßig besseren und gesünderen bezeichnet.

Hat das Ausland dieses Vertrauen, so wäre es unmännlich und schwachfertig von uns, wenn wir nicht das gleiche Vertrauen aufbringen wollten. Wir zweifeln nicht, daß unser Volk wenn es sich erst einmal von der Kriegspsychose und von den materiellen Nachwirkungen des Krieges einigermaßen erholt hat, bald wieder zu jener physischen, geistigen und moralischen Kraft erstarken wird, die einem solchen Vertrauen die sichere, erfolgversprechende Unterlage bereiten.

Wenn wir am heutigen Tage zurückschauend auf die Zeit vor einem Jahre oder gar vor zwei Jahren blicken, so dürfen wir doch mit Genugtuung feststellen, daß vieles besser geworden ist, daß es uns gelungen ist, in den entsetzlichen Stürmen der Zeit den Bestand des Reiches zu sichern und den Kern unserer Volkskraft von der Fäulnis und von dem Verderben frei zu halten. Das deutsche Volk arbeitet wieder, und es arbeitet gerne und mit Pflichtgefühl. Und wenn es leider Gottes noch Millionen von Arbeitslosen gibt, so liegt das wahrlich nicht an der Arbeitsunlust dieser Volksgenossen, sondern an der bitteren Tatsache, daß es uns an ausreichender Arbeitsgelegenheit fehlt.

Hier wird und muß die Höchstproduktion, die von uns als Volk verlangt wird, die Rettung bringen. Wenn erst alle Schornsteine wieder rauchen, wenn erst alle Räder wieder fuhren, wenn erst jede Produktionsmöglichkeit wieder nach Kräften ausgenutzt werden kann, dann wird das Meer der Arbeitslosen verschwinden sein, und dann wird das, was heute nur eine Hoffnung ist, zur Gewißheit werden, nämlich, daß wir wirklich in stande sind, den Verpflichtungen, die wir übernommen haben, gerecht zu werden. Selbstverständlich wird die Entente im einzelnen hier und da Nachfrist zu üben haben. Aber wir glauben, daß wenn wir erst einmal die Entente und die ganze Welt von unserem ehrlichen und starken Willen sowohl, wie von un-

serer Leistungsfähigkeit überzeugt haben, jene Politik kleinlicher Schikanen ganz von selbst aufhören wird.

Ein jeder Volksgenosse aber wird in sich das Leib und Seele stärkende Bewußtsein aufnehmen dürfen, daß er mit seiner Arbeit die höchsten Werte schafft, die es für den Menschen gibt, nämlich das eigene Glück und die eigene Zufriedenheit, die Wohlfahrt der Familie, die Aufrechterhaltung gemeinsamen, staatlichen Lebens und die Befreiung des Vaterlandes aus den Ketten einer schmachvollen Erniedrigung und einer drückenden Belastung.

Mit solchen Gefühlen begleiten wir die Tätigkeit der neuen Reichsregierung. Und wenn heute Reichskanzler Dr. Wirth mit seinem Programm vor das Parlament tritt, so wird hoffentlich auch in der Mehrheit dieses Parlaments das gleiche Gefühl vorherrschen. So hart auch die Opfer sind, die uns auferlegt werden sollen, so dürfen wir sie doch getroßt auf uns nehmen in der Überzeugung, daß wir nun endlich einmal klare Bahn vor uns haben und auf der Basis großzügiger Pläne den Wiederaufbau wirklich in Angriff nehmen können. Unsere eigene Wohlfahrt ist mit diesem Wiederaufbau aufs engste verknüpft. Setzen wir alles ein für dieses Programm, so werden wir in kurzer Zeit jenes Mißtrauen des Auslandes, unter dem wir so bitter zu leiden haben, überwinden und an seine Stelle die Achtung vor der deutschen Ehrlichkeit und vor dem deutschen Arbeitsfleiß setzen. Daß diese Achtung in ihrer praktischen Auswirkung dann wieder unsere eigene Lage erleichtern muß, wird sich jeder vernünftige Volksgenosse von selber sagen.

Was aber die Opfer, die unser Volk in seiner Gesamtheit zu bringen haben wird, selbst anlangt, so wird über Einzelheiten im Parlament sicherlich noch eingehend beraten werden. Eines aber hat von vornherein als unumstößlicher Grundsatz zu gelten, nämlich, daß diese Opfer verteilt werden müssen nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit des einzelnen. Darüber, daß der Reiche und Wohlhabende, der Besitzende und Begüterte ein größeres Maß an Opfern (Leistungen, Verpflichtungen und Steuern) übernehmen muß, darüber darf nicht mehr gestritten werden. Das Problem wird nur das sein: Wie ist es möglich, diesen Schichten die dringend notwendigen Opfer aufzuerlegen, ohne sie in ihrem Produktionswillen und in ihrem Produktionsvermögen zu schädigen? Wenn es gelänge, diesen Schichten so viel Verständnis für das Gebot der Stunde einzufößen, daß sie freiwillig von sich aus jene Opfer auf ihre Schultern nehmen, so wäre das allerdings ein großes Glück, das unserem Volke zuteil würde!

Politische Neuigkeiten.

Die Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten.

Die Erklärung, die Ministerpräsident v. Kahr in der gestrigen Sitzung des bayerischen Finanzausschusses abgab, suchte zunächst die wiederholte Verzögerung der entscheidenden Beschlußfassung mit dem wechselvollen Verlauf der Verhandlungen zu begründen, die Bayern in der Angelegenheit zu führen gehabt habe. In breiter Ausführlichkeit gab Kahr wieder ein Bild der Entwicklung des Entwaffnungsproblems und legte erneut den Standpunkt, den die bayerische Regierung eingenommen habe, dar. Zur Gegenwart übergehend, führte der Ministerpräsident u. a. aus:

Die bayerische Regierung, in Abereinstimmung mit der Reichsregierung, ist entschlossen, in Erfüllung des Ultimatums in der Entwaffnung der Einwohnerwehren das möglichste zu tun, wobei die Termine tunlichst eingehalten werden. Dagegen hat sich die bayerische Regierung nicht entschließen können, ihre bisherige Auffassung, wonach die bayerischen Einwohnerwehren nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages und unter das Gesetz vom 22. März 1921 fallen (Auflösungsbestimmungen) aufzugeben. Wir haben die Reichsregierung gebeten, diese Auffassung den Alliierten mitzuteilen. Die Reichsregierung hat sich hierzu bereit erklärt, und je nach der Stellungnahme der Alliierten wird die Reichsregierung weitere Entscheidungen von sich aus treffen, wobei eine lokale Stellungnahme der bayerischen Regierung selbstverständlich ist.

Dieser Standpunkt der bayerischen Regierung wird geteilt von den in der Einwohnerwehr vereinigten Volksteilen. Ich sage dies, weil ich glaube, dies der Einwohnerwehr schuldig zu sein, auch auf die Gefahr hin, daß damit wieder auf eine Abhängigkeit der Staatsregierung von der Einwohnerwehr und auf eine Nebenregierung geschlossen wird. Die Einwohnerwehr ist der gegenwärtigen Regierung, wie schon wiederholt betont wurde, in absoluter Treue ergeben, so daß es für sie keinen anderen Willen als den der Regierung gibt, und daß sie von sich aus ohne weiteres das tut, was die Regierung für

notwendig erachtet. Sie wird daher die von mir angeordneten Maßnahmen freiwillig im Benehmen mit dem Entwaffnungskommissar erfüllen. Die Verhandlungen, die mit der Einwohnerwehr stattgefunden haben, erfolgten zu dem Zweck, in gemeinsamer Überzeugung zu selbstgewollten Zielen zu gelangen. Im demokratischen Staat müßte eine solche Praxis um so mehr Geltung haben, als sich die Einwohnerwehr um den demokratischen Staat Verdienste erworben hat, die sie vor Vergewaltigungen schützen sollten. Mit der Durchführung der Entwaffnung bringt die bayerische Regierung ein Opfer, das an sich nicht gerechtfertigt ist, sondern nur durch eine übermäßige Gewalt und die Reichstreue des bayerischen Volkes. — Nach der Rede des Ministerpräsidenten vertagte sich der Ausschuß um eine Stunde.

Das Verbrechen an Oberschlesien.

* In den Städten des Industriegebietes, in denen Frankreich den Schutz der Bevölkerung ausübt, nehmen, so wird der „Ff. Ztg.“ aus Breslau gemeldet, die Gewalttaten der entmenschten polnischen Kollon kein Ende. Unter den Augen der französischen Offiziere und Soldaten verüben die Insurgenten ungehindert jedes Verbrechen. Sie kommen am hellen Tage in die Städte, schießen auf harmlose Spaziergänger und schleppen angesehene Bürger mit sich fort. Raub und Plünderung sind an der Tagesordnung. Es ist bezeichnend für die Auffassung, die die Franzosen von ihren Pflichten haben, daß in den Städten, wo sie über ausreichende Truppenmengen und über Kriegsmaterial jeder Art verfügen, Korfanty seine Auftritte und Befehle nach wie vor ungehindert veröffentlichen und Anschläge machen lassen darf, während die deutschen Zeitungen dort völlig unterdrückt werden. Auch aus den Tagen des Aufstandsbeginns werden immer neue Tatsachen bekannt, die einen unwiderleglichen Beweis für die stillschweigende Duldsamkeit und Begünstigung des Aufsturus durch die Franzosen bringen. So wurde ein Teil der Stadt Königsgrün preisgegeben, obwohl die deutschgesinnte Bevölkerung sich den Franzosen zur Verteidigung zur Verfügung gestellt hatte. Als das Städtchen Malapane von den Insurgenten besetzt wurde, schickte die interalliierte Kommission auf Drängen der Bevölkerung Militär dorthin. Der französische Kreisinspektoren erreicht durch Verhandlungen den Abzug der Insurgenten ohne Kampf. Als ihm von deutscher Seite eine Liste der am Aufsture beteiligten Ortsbewohner mit dem Ersuchen um strafrechtliche Verfolgung übergeben wurde, lehnte er sie ab mit der Begründung, daß er den Polen ehrenwörtlich versprochen habe, nichts gegen sie zu unternehmen. General Le Nord hat bekanntlich energisch bestritten, daß irgend eine französische Stelle mit den Aufsturen Verhandlungen gepflogen habe; der Kreisinspektoren, der dies in Malapane getan hat, ist — Herr du Ropier, der frühere Adjutant des Herrn Le Nord!

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag nahm gestern seine Sitzungen wieder auf. Nach der Erledigung einer Anzahl von kurzen Anfragen wurde der Entwurf eines Gesetzes über den Volkswirtschaftlichen Reichsausschuß überwiesen. Sodann teilte ein Regierungsvertreter mit, daß die Regierung in der Angelegenheit des von den Polen verhafteten Dr. Hartmann einen energischen Schritt bei der interalliierten Kommission eingeleitet habe. Darauf vertagte sich das Haus. Nächste Sitzung heute nachmittags 4 Uhr. Entgegennahme einer Regierungserklärung. Schluß halb 5 Uhr.

Die Politik der Sozialdemokratie und das Reparationsprogramm.

Aber die Stellung der Sozialdemokratie zum Reparationsprogramm und zum Reichskabinett lesen wir in einem Leitartikel des „Karlsruher Volksefreund“ die folgenden bemerkenswerten Ausführungen:

„Auf die Dauer kann Deutschland an das Ausland nur zahlen mit den Überschüssen seiner Ausfuhr. Die Produktivität der Arbeit zu heben und die Ausfuhr zu steigern, muß das Ziel aller Maßregeln sein. Aber das ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. In den ersten Jahren werden wir nur zahlen können, wenn wir das Nationalvermögen selbst angreifen und Teile davon veräußern oder verpfänden. Kein Mensch in ganz Deutschland wird bei der Aufbringung der 120 Milliarden Mark neuer Steuern im Jahre ungeschoren bleiben. Alle werden zahlen müssen in einem Maße, das bisher noch in keinem Lande der Welt bekannt ist. Die Kriegspolitik des alten Regimes wird nachwirken auch rein finanziell und ein- oder zwei Generationen Deutscher fürchterlich teuer zu stehen kommen. Aber unvorstellbar wie es ist, diese 120 000 Millionen Mark Steuern lediglich vom Kapital zu nehmen, ebenso undenkbar ist es auch, sie lediglich aus den breiten Volksmassen mit indirekten Steuern herauszuschöpfen.“

Das Reparationsprogramm des Kabinetts Wirth kommt also um konfiskatorische Eingriffe in das bisher nur zum kleinsten Teil steuerlich erfaßte Vermögen nicht herum. Es wird sich dann zeigen müssen, ob sich für diese Politik der Erfüllung der Zahlungsverpflichtung — die einzig mögliche Erfüllung im jetzigen Reichstag — eine Mehrheit findet. Wenn nicht, muß es aufgelöst, muß an das Volk appelliert werden.“

Mit der Regierung im Reich hängt die in Preußen eng zusammen. Auch hier betont der „Korrespondent“ mit Recht, daß unter den jetzt gegebenen Umständen die ganze Sozialdemokratie das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ablehnt; auch der Flügel, der sonst eher geneigt war, sich die Deutsche Volkspartei aufzuzwingen zu lassen. Auch die Frage der Umbildung der preussischen Regierung kann daher leicht zu ernstlichen Verwicklungen führen, die unmittelbar auf das Reich zurückwirken müßten. Auch hier könnte der Appell an das Volk selber, die Herbeiführung einer klaren Entscheidung der Wählerschaft notwendig werden.

In einer Erweiterung der Regierungen des Reiches und Preußens nach links ist bei der derzeitigen Haltung der Unabhängigen leider noch nicht zu denken. Eine Erweiterung nach rechts kommt im Augenblick für die Sozialdemokratie ebenfalls wenig in Frage. Sie wäre vielleicht möglich gewesen, wenn am 11. Mai die Volkspartei den Mut gefunden hätte, die Verantwortung für die Annahme des Ultimatums auf sich zu nehmen. Sie könnte möglicherweise irgendwann in späterer Zukunft einmal wieder atem werden, wenn die Deutsche Volkspartei abfindet und somit die inner- wie außerpolitischen Staatsnotwendigkeiten anerkennt. Heute bedeutet der Wunsch nach Heranziehung der Deutschen Volkspartei, wie Stresemann in Vernehmung noch ausdrücklich erklärt hat, nichts anderes als das Verlangen, den tatsächlichen Einfluß der Sozialdemokratie auf die Regierung auszuschalten. Darum kann die Sozialdemokratie nicht darauf eingehen. Versucht man sie nicht mit diesem Ansinnen, dann müssen eben die Wähler klarere Mehrheitsverhältnisse schaffen.

Unpolitisch bleibt das einzig wesentliche, das Kabinett der Erfüllung, das Kabinett Birck zu halten. Sein Sturz wäre jetzt eine Katastrophe für Deutschland.

Das Treiben der Orgesch.

Das Thüringische Ministerium des Innern teilt amlich mit: Am 20. Mai wurde in Weimar, auf Antrag des Thüringischen Ministeriums des Innern, der Hauptmann a. D. von Werder, zurzeit wohnhaft in Friedrichroda i. Thür., durch die Staatsanwaltschaft in Haft genommen.

v. Werder hatte an eine im Ausland wohnende Freundin, die Baronin K., einen von der Postüberwachungsstelle geöffneten Brief gerichtet, in welchem folgende Stelle vorkam: „Ich bleibe vorläufig hier! Ich bekomme von unserer Organisation noch zwei Monate Gehalt, weil ich ein beschlagnahmtes Waffenlager wiedergeholt habe. Mit falscher Reichswehr im Auto, ein Film, der mir viel Spaß gemacht hat. Meine Aufgabe in P. ist vollendet. Ich habe einige Aussicht, zur Gruppenleitung nach Bremen zu kommen.“

Der Reichskommissar für die Entwaffnung in Berlin hatte diese Briefstelle nach hier mit der Bitte um Untersuchung der Angelegenheit übermittelt. In seiner Vernehmung im Ministerium des Innern hat v. Werder u. a. erklärt, er sei Mitglied der Orgesch und für diese in der Provinz Hannover ein halbes Jahr tätig gewesen. Von einer Waffenschlebung sei ihm etwas bekannt, er habe dieselbe jedoch nicht selbst ausgeführt. Ein in einem Dorf der Provinz Hannover bereits behördlich beschlagnahmtes Waffenlager sei von Offizieren a. D., die einer Selbstschutzorganisation angehörten, unter Zuhilfenahme von Reichswehruniformen und mit Hilfe von Studenten, die als Reichswehrsoldaten verkleidet waren, im Laßtort der Beschlagnahme wieder entführt und einer bewaffneten Geheimverbindung, seines Wissens in Hamburg, zugeführt worden. Die betreffenden Offiziere hätten ihm diese Begebenheit, bezw. schon ihr Vorhaben vor der Ausführung, im Hotel Bristol in Hannover erzählt. v. Werder hat weitere Mitteilungen gemacht, die weitestente Kreise interessieren dürften. Er gab an, daß solche Waffenschleubungen geheimen Organisationen nach seiner Kenntnis häufig vorkommen. Die Veranstalter solcher Waffenschleubungen reisten in der Regel unter falschem Namen. Auch in dem mitgeteilten Falle, hätten die betreffenden Offiziere sich falsche Namen beigelegt. Seiner Freundin gegenüber will Herr v. Werder mit seiner Teilnahme an der betreffenden Waffenschlebung lediglich renommiert haben. v. Werder erzählte noch beiläufig, in Hannover läge eine große Waffenreserve, die der Orgesch und den ihr verwandten Organisationen im Bedarfsfalle zur Verfügung

stehe. Bei Gründung von Lokalorganisationen der Orgesch seien die Mitglieder darauf ausdrücklich hingewiesen worden. In seiner Vernehmung sagte er ferner aus, daß er sich mit der Absicht getragen habe, in aller nächster Zeit nach Schlesien zu gehen, wo, wie ihm von befreundeten Offizieren mitgeteilt worden sei, schon mehrere Tausend Offiziere der Orgesch versammelt seien.

Goldankauf durch die Reichsbank.

Die Reichsbank gibt bekannt: Durch die Annahme des Ultimatums der alliierten Mächte vom 5. Mai d. J. hat das Deutsche Reich schwere finanzielle Verpflichtungen übernommen. Sie zu erfüllen müssen die größten Anstrengungen gemacht werden. Von diesem Gesichtspunkte aus hat das Reichsfinanzministerium sich entschlossen, durch Vermittlung der Reichsbank und Reichspost Gold zu einem dem Weltmarktpreis ungefähr angepassten Preis anzukaufen zu lassen. Goldschmuckstücke und Gebrauchsgegenstände bleiben von dem Ankauf ausgeschlossen. Für deutsche und ausländische Goldmünzen, sowie für Barren erfolgt der Ankauf durch Vermittlung der Reichsbankanstalten, die bereits mit den entsprechenden Weisungen versehen sind. In den nächsten Tagen wird der Ankauf von allen Postanstalten, von diesen aber nur inbezug auf deutsche Reichsgoldmünzen aufgenommen werden. Der von der Reichsbank und der Reichspost zu zahlende Ankaufspreis ist der gleiche. Er wird auf der Grundlage des Weltmarktpreises am Ende jeder Woche neu festgesetzt. Für die laufende Woche stellt er sich a. B. auf 200 M. für ein 20 Markstück und auf 37 000 M. für ein kilo Feingold. Die Preise für die übrigen deutschen und ausländischen Goldmünzen werden entsprechend festgesetzt. Die Umlauf- und Luxussteuer kommt bei diesen Verkäufen nicht in Ansatz. Den Verkäufern von Gold bietet sich demnach Gelegenheit, es ungefähr zum Weltmarktpreis zu bewerten. Dagegen ist der anderweitige Verkauf auf Grund des Gesetzes betreffend die Verfügung über Gold vom 28. April 1920 ohne Zustimmung des Reichswirtschaftsministers verboten und strafbar. Die Verwertung im Ausland ist durch das Goldausfuhrverbot ausgeschlossen.

Die gesetzliche Regelung der Mietzinsbildung.

In dem Gesetzentwurf über die Regelung der Mietzinsbildung, der dem Reichstag zugeht, wird die Beibehaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mietzinsbildung auch zünftig als erforderlich erachtet. Durch sie sollen in erster Reihe unbillige Belastungen der Mieter verhindert werden. Den Hausbesitzern wird jedoch andererseits Erlass der gestiegenen Selbstkosten zugestanden.

Der Grundgedanke des Entwurfs ist folgender: Mietpreiserhöhungen sollen nur insoweit zugelassen werden, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Ausgaben notwendig geworden sind.

Einen besonders wichtigen Punkt bildet die Regelung der Reparaturenfrage. Hierbei ist zu unterscheiden zwischen den sogenannten laufenden Instandsetzungsarbeiten und den großen Wiederherstellungen, wie Abbruch und Anfrisch des Hauses, Umdeckung des Daches usw. Die Steigerung der Kosten für die laufenden Instandsetzungsarbeiten ist bei der Festsetzung der Zuschläge zu berücksichtigen.

Wenn die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens grundsätzlich aufrechtzuerhalten beschlossen wurde, so sah der Entwurf doch davon ab, die Zahlung der sogenannten gesetzlichen Miete grundsätzlich zwingend vorzuschreiben, d. h. zu bestimmen, daß von einem gewissen Zeitpunkt ab die gesetzliche Miete ohne weiteres an Stelle des vereinbarten, vom Einigungsamt festgesetzten oder nach den landesrechtlichen Bestimmungen berechneten Mietzinses treten solle u. daß abweichende Vereinbarungen der Beteiligten keine Gültigkeit haben. In einem derartigen Eingriff in den das Mietrecht beherrschenden Grundgedanken der Vertragsfreiheit liegt auch bei fortbestehender Zwangswirtschaft eine zwingende Veranlassung nicht vor.

IV. Deutscher Richtertag.

Der Badische Richtertag übermittelte uns den folgenden Bericht mit der Bitte um Abdruck:
Am 22. Mai l. J. fand (nach mehrjähriger, durch den Krieg veranlaßter Pause) zu Leipzig in der Aula der Universität der

vierte deutsche Richtertag des deutschen Richterbundes statt, dem von mehreren hundert Teilnehmern besucht war. Als Ehren Gäste waren anwesend: Als Vertreter der Leipziger Universität Rektor Dr. Rich. Schmidt; vom Reichsjustizamt Geh. Reg. Rat Dr. Berner; als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums Geh. Ministerialrat Feig und Regierungsrat Dr. Eibel; ferner Geh. Rat und als Vertreter des Sächsischen Justizministeriums Landgerichtspräsident von Weber. Erschienen waren auch Mitglieder des Reichsgerichts.

Nach einer Begrüßungsansprache des Rektors Dr. Schmidt hielt Reichsgerichtsrat Dr. Bauer einen Vortrag über die Eingliederung des Arbeitsgerichts in die ordentlichen Gerichte. Der Vortragende gelangte zu dem Ergebnis, daß Arbeitsgerichte einzuführen seien, in welchen auch die bestehenden Gewerbe- und Kaufmannsgerichte aufgehen sollten und bei denen unter dem Vorsitz eines Richters und unter Mitwirkung von Laien in besonders schnellen und flüssigen Verfahren verhandelt und entschieden werden sollte, daß diese Gerichte den ordentlichen Gerichten einzugliedern seien, und daß unter Eröffnung des Rechtsweges bis an das Reichsgericht eine einheitliche Rechtsprechung zu erstreben sei. Die Verammlung stimmte diesen Vorschlägen zu. Sodann erstattete Landgerichtsdirektor Stabelmann (Rostock) Bericht über die Frage der Zulassung des Frau zum Richteramt, wobei er diese Frage von allen Seiten beleuchtete. Den Vorlesungen des Redners folgte eine lebhafte Aussprache, bei der die Anhänger aller Richtungen zu Worte kamen. Der Richtertag nahm auf Grund der vorgenannten Abstimmungen die Stellung ein, daß die Zulassung der Frau zum Amt eines Berufsrichters abzulehnen sei, daß die Frau sich aber auch als Laienrichterin in der Eigenschaft als erkennende Richterin sowohl in Straf- wie in Jugendgerichten, wie auch in bürgerlichen Rechtsfällen nicht eigne, daß dagegen ihre Mitwirkung an der Rechtspflege auf diesen Gebieten außerhalb der eigentlichen Spruchstätigkeit erwünscht sei.

Kurze polit. Nachrichten.

* Die Bezahlung der zweiten Rate. Das Reichsfinanzministerium teilt mit, daß der Reparationskommission gestern in Paris weitere 50 Mill. Goldmark in Devisen als zweite Einzahlung auf eine Milliarde Goldmark angeboten wurden, so daß also insgesamt 200 Mill. Goldmark angezahlt sind.

* Vom Reichskabinett. Auf der Tagesordnung der gestrigen Kabinettsitzung stand die bevorstehende Regierungserklärung. Vom Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsministerium sind leitende Ideen ausgearbeitet worden, die in einer Vorbesprechung beraten und ergänzt worden sind. Die Entscheidung des Kabinetts über die einzelnen Fragen ist in kürzester Zeit zu erwarten. Heute findet eine Sitzung der Finanzminister der einzelnen Länder unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers statt.

* Über die Auflösung der Selbstschutzorganisation ist der interalliierten Militärkontrollkommission, zu Händen des General Koller die geforderte Bitte vor Ablauf der dafür geltenden Frist vorgelegt worden. In der Bitte sind die österreichischen Grenzwehren, die bayerischen Einwohnerwehren und die Organisationen Eiderich bezeichnet. Gleichzeitig sind Schritte unternommen worden, um die Gründe gegen die Auflösung, die seitens der hauptsächlichsten Landesregierungen teils rechtlicher, teils tatsächlicher Art geltend gemacht worden sind, den alliierten Mächten unter der Voraussetzung der Waffenabgabe zur Nachprüfung zu unterbreiten.

* Zwei Raubmörder aus der französischen Armee — beides Marrokaner —, die den Kaufmann Bergmann von den Höchster Harzwerken ermordet und beraubt hatten, wurden vom französischen Kriegsgericht in Mainz zum Tode bezw. zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt.

* Unterstützung der englischen Vergleute aus Deutschland. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Gießen beschloß die 21. Generalversammlung des alten Vergarbeiterverbandes, der 487 000 Mitglieder zählt, den hart kämpfenden englischen Arbeiterkollegen, die sehr färglich unterstützt werden, eine Million aus dem deutschen Verbands- und Bezirkskassen zu überweisen. Es seien Abmachungen getroffen worden, daß die Reparationskosten nicht nach England kommen.

Das neue München.

München, Ende Mai.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts behauptete der Geograph Georg Braun in seiner Beschreibung der Hauptstädte der Welt, daß die Stadt München sich so sehr verschönere und an Gebäuden so sehr anwuchs, daß, wer sie vor Zeiten sah, sie für dieselbe kaum mehr erkannte. — Und nachdem der dreißigjährige Krieg und die darauffolgende Notzeiten über Bayern hingegangen, schreibt Anton Wilhelm Eril in seinem 1687 gedruckten „grundrichtigen“ Chor-Waherischen Atlas, München sei „eine hellglänzende Sonne des ganzen Landes, eine unschätzbare Perle Europas, ein unvergleichlicher Schatz des werten Deutschlands, ein Spiegel der adeligen Hoffen, ein Palast der Gerechtigkeit, ein Sitz der Andacht und des Glaubens, eifers, mit einem Wort, ein Ausbund alles, was in vielen Ländern mag gefunden werden.“

Vergleichen wir mit diesen geschichtlichen Hymnen das München vor und nach dem Weltkrieg so finden wir, daß auch hier „alles schon dagewesen“, daß es auch heute noch schwer ist, kein Loblied auf München zu singen. . . wenn wir diese lebensfrohe Stadt mit dem wohlwollenden Auge betrachten, das die gebetenen und ungebetenen Gäste Münchens dafür zu haben pflegen. Und doch trifft heute wohl noch eher als Ende des 16. Jahrhunderts für die Hauptstadt zu, daß „wer sie vor Zeiten sah, sie für dieselbe kaum wieder erkennt“.

Das alte, gemüthliche, selbstgenügsame, von großen, einheimischen Künstlern geliebte und getragene München war schon lange vor dem Ausbruch des Krieges im Niedergang begriffen. Das hing nicht nur damit zusammen, daß auf dem großen Künstler Ludwig I. und den phantastischen Künstler Ludwig II. nur mehr ein treudilliger Protektor der Künste, Prinzregent Luitpold und ein rühriger Volkswirtschaftler Ludwig III. gefolgt war, sondern noch mehr damit, daß München allmählich der Industrie, vor allem der Fremdenindustrie verfallen war. Der Tod Ernst v. Possart hat uns färglich wieder an jene Epoche erinnert, wo alles und jedes in München auf die Anziehung eines internationalen Fremdenstromes zugeschnitten und eingerichtet wurde. Es wäre ungerichtet, wollte man leugnen, daß dieses Streben, nach außen hin zu glänzen, nicht auch hervorragende künstlerische Talente (Wagner- und Mozartspiele unter Herman Junge, Strauß und Motz) erzeugt hätte, und daß München unter dem väterlichen Geschehenlassen des alten Prinzregenten nicht durch viele prächtige städtebauliche Anlagen (die Prinzregentenstraße und Terrasse!) und musterwältige öffentliche und private Bauten (die neuen Brücken, die Neubauten der Anwerftat und der Technischen Hochschule, das neue National-

museum, das Deutsche Museum, der Ausstellungspark auf der Theresienhöhe mit seinem köstlichen „Ministertheater“ usw.) geschmückt worden wäre. Die unter der Ägide Luitpold herrschenden Künstler, die Architekten v. Seidl und der Ergießer, dann Akademiepräsident v. Miller (die sogenannten „Bäder- und Millerinnung“ — die beiden Architekten Seidl waren Söhne der Hofbäckerei Seidl) waren gute „Reproduzenten“, aber keine originellen, seine vorangehenden Geister. Das gemüthliche Leben in München wurde nebenbei durch den massenhaften Zugang von Leuten verindustrialisiert, die gemüthlich zu sein glaubten, wenn sie mit Ledensjuppe ins Theater gingen und mit dem „Alpenstod“ durch den Hofgarten flogen. Die geschäftlichen und geschäftlichen Notwendigkeiten der wachsenden Großstadt mit ihrem Gürtel größerer Industrieanlagen veränderten zudem manches Bild aus der guten alten Zeit. In städtebaulicher Hinsicht hat freilich die vom greisen Regenten protegierte Bäder- und Millerinnung auch große Verdienste um München. Der heimatisch-konervative Geist dieser Gruppe erhielt uns manch wundervolles Stadtbild, das im Strom der neuen Zeit und des großstädtischen Verkehrs unterzugehen drohte, wie das Senfingertor und der Augustinerstod. Die architektonische Erhaltung und Eingliederung der alten Augustinerkirche in das umfangreiche Polizeigebäude an der Neuhäuser-Gasse ist ein Meisterwerk Th. v. Fischer's, das in den deutschen Städten nicht leicht seinesgleichen findet.

Das soziale Leben Münchens wurde aber erst durch die Kriegswirtschaft von Grund aus umgestaltet. Krupp kämpfte unter mächtiger Beihilfe des Reiches und des bayerischen Staates aus dem Grabeboden im Norden der Stadt seine ungeheuren Fabrikanlagen. Dadurch wurde zwar der Geldumlauf in München bedeutend vermehrt, es kamen aber auch neben Tausenden verändiger Arbeiter zahlreiche höchst bedenkliche und gefährliche Elemente aus dem rheinischen und norddeutschen Industriegebiet nach München. Das war der Empf, in dem schon im Jahre 1918 die „sozialen“ Pläne eines Kurt Eisner geliebten, die dann während der Revolution in die Tat umgesetzt werden konnten. Das deutsche Capua und Athen wurde zum deutschen Moskau. Im übrigen Deutschland hat man zu schnell vergessen, was München damals, vor gerade zwei Jahren erleben mußte. Das schöne, frohe München mit seinem vornehmen, künstlerischen und doch gemüthlichen Leben auf den ehemals so reinlichen Straßen und wohlgepflegten Promenaden war tot, der Polade, der Rowdy, oder wie man hier sagt, der „Luli“ beherrschte das Straßenbild. Das wohlhabende Bürgertum, die Künstler, waren soweit möglich geflohen. Man getraute sich kaum in besserer Kleidung auf die Straße, man mußte nicht, ob nach der Rückkehr von Büro und Geschäft nicht die Wohnung ausgeplündert und demoliert war. In den ersten Wochtagen vor

zwei Jahren trachtete endlich die Bolschewistenherrschaft unter dem Geschütz- und Maschinengewehrfeuer der rettenden Reichstruppen zusammen, und das Münchener Leben begann wieder auf den Knien zu keimen.

Aber es ist ein neues München. Die sozialen Gegenstände, die früher unsere menschenfreundliche, vertrauensvolle Stammesart, mit der sich eine gesunde Grobheit und Durbheit paarte, nicht nur am Bierisch im Hofbräuhaus und auf dem gemüthlichen Bierkeller ausliefen oder doch wesentlich milde, sind scharf zugespitzt und fast unüberbrückbar geworden. Auf der einen Seite eine profunde Leberwelt, die sich auf den Straßen durch mobile Ertrabaganten und übertriebene Ehemann breit macht und die Galtgeber verleitet, ihre biedereren Kostale in „Dielen“ und „Bars“ umzuwandeln, auf der andern Seite der nötige Mittelstand und mancherlei obfure Gestalten, die im Verschwinden mit der internationalen Schiebergesellschaft wetteifern. Für diese liebe neueitliche Schicht ist München leider ein Dorado geworden; die einflüchtigen Bemühungen des tatkräftigen Münchener Polizeipräsidenten Böhm, um unerwünschten Zugang nach München einzudämmen, hatten bisher wohl nach der bolschewistischen Seite hin Erfolg, gegenüber den fashionablen Fremden ist nichts auszurichten, zumal da die mächtige Gilde der Kassengewerbet alles aufbietet, um den Fremdenpolizei den Dienst zu erschweren.

Ministerische und gesellschaftliche Unterhaltung gibt es in dem neuen München mindestens in so reicher Fülle wie im alten. Der Mai brachte uns eine Veranlassung dieser Art nach der andern. Bayerische Trachtenschau, Fliegergedenktage, achtstägige Maifspiele (für die notleidenden Kunstschüler), Marinegedenktage, Kongresse usw. Aber in den Theatern zum Teil auch echte und rechte Kunst. Voran eine Neuentdeckung von Gluck's Iphigenie in Aulis durch Bruno Walter, die als deutsches Opernspektakel im besten Sinne gewertet werden muß.

Der Freizeitat Bayern trägt vorerst noch, wenn auch schmerzlich, die Millionenelasten für die Staatsoper und sucht, ebenso wie die Stadtverwaltung, man kann sagen, in bezug auf die Kräfte der Kunststadt München zu ersetzen, was ihr durch die Vertreibung des Hofes verloren ging. Auch an städtebaulichen und künstlerischen Projekten ist kein Mangel. Hochbauten („Block“ 20 Stockwerke und 40 Meter Höhe, sagt man tröstend), Feldendenmal oder gar Gelben-Allee liegen — in der Luft. Wie tief es doch in dem Münchener Volkslied aus dem Best, da der Humor noch bei uns zu Hause war: —

„Wie der Schimmel tot ist g'wen,
Gobens' oehm a' Deu eing'wen.
Net, daß d'Leut sag'n:
F'weg'n der Not
N' der Schimmel tot.“

Dr. Friedrich Maßl.

Badische Uebersicht. Fahrpreisermäßigung.

Der Reichsverkehrsminister hat, wie die Presseabteilung der badischen Regierung mitteilt, bestimmt, daß mit Wirkung vom 1. Juni 1921 ab bei der Gewährung der Fahrpreisermäßigung für Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken, für Schulfahrten und für Fahrten nach und von Ferienkolonien sowie zugunsten der Jugendpflege, auch die Benützung der 4. Klasse zum halben Fahrpreis dieser Klasse zugelassen wird.

Kubanisches Konsulat.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben: Dem zum Bizekonsul bei dem Kubanischen Generalkonsulat in Hamburg ernannten Herrn Antonio Medina Barrios ist seitens des Reichs das Exequatur erteilt worden. Demgemäß wird er hiermit zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen.

„Deutschnationales Denken.“

So ernst die Zeit ist, in der wir leben, so wenig ernst nehmen es gewisse deutschnationale Fanatiker mit der Wahrheit. In einem Artikel der „Bad. Rundschau“ Nr. 124 heißt es, so schreibt der „Badische Beobachter“, wieder einmal irgend ein Hofzweimer namens Weeber den Reichstangler Dr. Wirth und dann jede einzelne der Koalitionsparteien herunter. Nicht ein einziger positiver Gedanke ist in dem ganzen Artikel enthalten, dagegen folgende, für dieses Denken äußerst bezeichnende Stelle, die man sich gut aufheben muß. Zunächst verächtlich er die zur Regierung Gehörenden als „Nunnie der Revolution“, die teilweise beim „Anziehen der Steuerhantel“ (abak) anheimelnd „zunächst den eigenen Parteiführern“ („eigene Wünsche befriedigen“) wollen. Wir haben noch selten eine boshaftere Verdächtigung der Männer gelesen, die nach dem Ausspruch Weegers das Vaterland unter allen Umständen über die Partei stellen. Umso gemeiner als ganz offenbare Steuerhanteln, d. h. selbstjüchtige Interessen bei dieser Verdächtigung den Ausschlag geben. Dann aber heißt es in diesem — „deutschnationalen“ — Blatt weiter:

Viele mögen darum schon bei sich überlegt haben, ob es noch einen Sinn hat, für solche und ähnliche Zwecke das Reich und seine Einheit zu „retten“. Zumal die „Einheit“ die Unmöglichkeit nur dürrig verleiht. Wäre es nicht besser, das Reich, dem die Macht, die Freiheit, die Ehre, das Ansehen — sein alles fehlt, um ein selbständiger Staat zu sein, in seine Bestandteile auseinanderzugeben und lassen und gemeinsame Einrichtungen, wie Bahn und Post, den roten Gewerkschaften zur Betätigung ihres Sozialisierungsdranges zu überlassen? Soweit sind diese Kreise schon gekommen! Kein Wunder, treiben sie, soweit es auf sie ankommt, eine Politik, die unbedingt zur Verschlagung des Reiches führen müßte! Dieser Ausspruch eines heutigen „deutschnationalen“ erinnert an den eines bekannnten nationalliberalen Blattes aus vergangener Zeit, der ungefähr den Sinn hatte: was nützt uns das Reich, wenn es nicht unseren Idealen dient? Es muß weit gekommen sein, wenn ein „deutschnationaler“ Blatt — welcher Mißbrauch des Wortes deutschnational! — eine solche Äußerung ohne jede Bemerkung wiedergibt! Sie grenzt sehr nahe an Hochverrat.

Da wundern man sich auch nicht mehr über folgende, mit der Wahrheit in schärfstem Widerspruch stehende Äußerung desselben Artikels:

Und Herr Dr. Wirth als Leiter des Reichs und seiner Einigkeit! Daß Gott erbarm! möchte man anknurrend an das „Gottlob!“ des Bad. Beobachters ausrufen. Herr Dr. Wirth verbannt seinen Posten doch der Partei, die vor allem die konfessionelle Freiheit des deutschen Volkes künstlich zum Zweifelpunkt erweitert und in diesem konfessionellen Zwist den Boden hat, aus dem sie politische Kraft zieht und ihr Leben erhält. Katholiken und Protestanten könnten als solche schon lange friedlich nebeneinander den gemeinsamen religiösen Zielen zustreben, wenn nicht das Zentrum der immer wieder von ihm angefaßten Zwitterkraft bedürfte, um seine Daseinsberechtigung beweisen zu können. Diese Zentrumskräfte fassen ganz richtig: arbeiten Katholiken und Protestanten einmal politisch miteinander erfolgreich am Wiederaufbau des Reiches, dann lassen sie sich konfessionell nicht mehr verheben, und dann fehlt dem Zentrum die Grundlage. Denn für ihre christliche Bestimmung werden sie gemeinsam mit der gleichen Partei das Nötige tun können und tun. Mit welcher Geschäftigkeit verfolgen deshalb Zentrumskräfte selbst ihre Glaubensgenossen, wenn diese, unbeschadet ihres katholischen Glaubens, ihr politisches Heil bei den Deutschnationalen suchen und finden!

Entweder ist der Mann, der das geschrieben hat, ein politischer Ignorant erster Klasse, der die ganze Zeit verschlafen hat, wo das Zentrum sich bemühte und schwere Opfer dafür brachte, um eine Einheitsfront aller auf positiv christlichen Boden Stehenden herzustellen, und dann hätte die Schriftleitung der „Bad. Rundschau“ die Pflicht gehabt, diese allen Lesern ins Gesicht schlagenden Behauptungen dem Papierkorb zu überantworten. Oder der Verfasser und mit ihm die Schriftleitung wollen die Unwahrheit sagen, weil sie dem Grundsatze huldigen, daß der Parteizweck auch die schlechten Mittel heilige. Sie haben damit auf jeden Fall einen tiefen Blick in ihr nationales und moralisches Gewissen tun lassen. Wer den Kommunismus und jederlei Radikalismus bekämpft, der muß auch solche Politiker bekämpfen, im Interesse der Wahrheit und des Rechtes. Aber an wundert sich nicht: In der „deutschnationalen“ Partei gibt es Attentäter und Attentäterinnen und Vorkämpfer, gibt es antikonstitutionale Geheer schlimmster Sorte und Leute, die aus Angst für ihren Geldbeutel sich zu dieser Partei geschlagen haben, gibt es religiös einwandfreie Katholiken und Leute, die vom Lutherium nur noch den Lutherzorn für sich gewettet haben, gibt es Schieber und Steuerhanteln und ehrenhafte Idealisten. Man darf sich bei einem solchen überaus bunten Sammelsurium über nichts wundern, besonders auch darüber nicht, daß die anständigen Leute in der Partei es nicht wagen, gegen die unständigen aufzutreten; denn man weiß selbst in der eigenen Partei noch nicht, welches die stärkere Seite ist, weil man sich gegenseitig noch zu wenig kennt. Wenn es da einmal zu trafen anfängt, tracht es gleich gehörrig.

Der Badische Blindenverein

hielt in Mannheim seine aus dem ganzen Lande besuchte Mitgliederversammlung ab. Den Vorsitz führte Geh. Rat Dr. Clemm-Mannheim. Außer einer großen Anzahl Sehender waren 112 blinde weibliche und männliche Mitglieder erschienen. Geh. Rat Dettling überbrachte die Grüße der badischen Regierung, Stadtrat Wötter die der Stadt Mannheim. Den Jahresbericht erstattete Geh. Rat Dr. Clemm. Danach war das Geschäftsjahr sehr arbeitsreich und es schloß finanziell nicht ungünstig ab. Der Jahresbericht soll von jetzt ab mit 117.

Mitsicht auf die Kosten nur alle zwei Jahre erscheinen und auch die Mitgliederversammlungen sollen in Zeitabständen von zwei Jahren abgehalten werden. Zum Bezirksvertreter des Reichsdeutschen Blindenverbandes wurde Herr Kasoli bestimmt. Der Vorsitzende konnte mitteilen, daß in Baden ein Erholungsheim für Blinde errichtet werden soll. Zu diesem Zwecke wurde das frühere Gasthaus „Schwarzwälder Hof“ auf dem Amiebs angekauft. Käufer ist der Reichsdeutsche Verband. Der badische Verein wird sich mit einem Betrage von 80 000, der württembergische mit 20 000 M. beteiligen. Das Haus enthält 25 Betten. Die Kosten für Aufenthalt und Verpflegung betragen für einen Blinden 10 M. für den Tag, zum selben Preis werden auch die Frauen und je eine Tochter der Blinden aufgenommen, die weiteren Angehörigen zahlen je 15 M. Man will eine eifrige Propaganda für Beiführung von Lebensmitteln entfalten. Die Mittel, die der badische Verein aufzubringen hat, wurden einstimmig genehmigt.

Der Verband der badischen Buchbindermeister

hielt in Freiburg seinen Verbandstag ab. Er wurde geleitet von dem Verbandsvorsitzenden Waghafen-Karlsruhe. Aus dem Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der Landesverband 327 Mitglieder zählt und einen Nettovermögensbestand von 18 840 M. aufzuweisen hat. Syndikus Eder von der Handwerkskammer Freiburg schilderte dann in einem wirtschaftspolitischen Vortrag die heutige Lage des Handwerks, dabei berührte er die speziellen Verhältnisse im Buchbinderergewerbe und erwähnte die anwesenden Handwerksmeister, trotz der nicht rofigen Lage der Zeit, mit Vertrauen in die Zukunft zu bilden. Die Besprechung über die Lehrmittelfreiheit an den Schulen und die hieraus entstehenden Nachteile für den Gewerbetreibenden mit offenem Ladengeschäft war recht lebhaft. Direktor Jakob besprach die mühsigen Verhältnisse an den öffentlichen Bibliotheken, die durch den Mangel an Mitteln entstanden sind. Der Vorsitzende stellte in Aussicht, daß in dieser Angelegenheit die Regierung und der Landtag angegangen werden sollen. Die Versammlung sprach sich im weiteren Verlauf der Sitzung gegen den Abbruch von Tarifverträgen mit Keurlingen ab. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorsitzende Waghafen wiedergewählt. Die nächste Hauptversammlung soll in Heidelberg stattfinden. — Eine kleine Ausstellung von Buchbinderarbeiten fand in Verbindung mit der Tagung im katholischen Vereinshaus statt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Die Ortsausschüsse Badens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hielten am Samstag und Sonntag in Baden-Baden eine außerordentliche Landeskonferenz ab, bei der u. a. eine Reihe von Anträgen und Entschlüsse angenommen wurden, die sich mit den bevorstehenden Wahlen zum Ausschuß der Landesversicherungsanstalt sowie zu der Krankenkasse und den weiteren Wahlen zu den Versicherungsinstanzen, mit der geschlichen Neuregelung der Reichsversicherungsordnung, mit der Regelung der Lebensmittelpreise, mit dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, mit der Verschmelzung von Baden, Württemberg und Hohenzollern und mit der Stellungnahme zu den Bezirksratswahlen betrafen.

DZ. Mannheim, 9. Mai. Der Kommandant von Ludwigsbafen spricht öffentlich seine Anerkennung zwei deutschen Zivilisten aus, die unter Einsatz ihres Lebens einen französischen Soldaten, der beim Abmarsch im Mundenheimer Teich von einem Bootsturz befallen wurde, zu retten verstanden, ihn aber erst nach 20 Minuten dauernden Bemühungen als Leiche bergen konnten. Sie hätten durch diese Tat die ihnen zur Ehre gereichte, ein schönes Beispiel menschlicher Solidariät gegeben.

L. Heidelberg, 28. Mai. An der hier abgehaltenen 10. Hauptversammlung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen nahmen gegen 500 Vertreter aus allen deutschen Gauen teil. Die Landesversicherungsanstalt Baden war dabei durch Geh. Rat Bed vertreten. Einmütig wurde die unbedingte Notwendigkeit des Bestehens der Betriebskrankenkassen betont, deren Leistungen bisher weiter gingen, als die jeder anderen Art von Krankenversicherung. Dem Verband gehören derzeit 3561 Betriebskrankenkassen an, die etwa 3 Millionen Versicherte umfassen. Eingehend behandelt wurde die außerordentliche Teuerung von Arzneien und Krankenspflegemitteln und das Verhältnis der Betriebskrankenkassen zu den Ärzten; hierzu wurde bemerkt, daß eine gewisse Entspannung eingetreten ist, daß aber eine endgültige reibungslose Lösung dieser Frage nur erzielt werden kann, wenn auch die Ärzte durch geschliche Maßnahmen in den Rahmen der Krankenversicherung hineingepaßt werden.

BL. Baden, 30. Mai. Hier wurde eine Odenwälder Milchverwertungsgesellschaft gegründet, die im Vereine mit der Stadt Mannheim eine Milchzentrale errichten soll. In den Vorstand wurden gewählt Bürgermeister Schneider-Gaimstadt, Bürgermeister Gremmlinger-Setlingen, Landwirt Hemberger-Oberscheidental und Direktor Hoff-Laubersbichs-Hofheim.

BL. Osterburken, 30. Mai. Die „Mannheimer Volksstimme“ berichtet, daß die Sicherheitspolizei hier noch verstedten Waffen gejudet hat. In einer Kapelle wurden über 100 Gewehre gefunden, die in Autos fortgeschafft wurden.

BL. Offenburg, 30. Mai. Das Bad Aurogast wurde gestern seiner neuen Bestimmung als Erholungsheim der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Mannheim übergeben. Das Heim kann 120 Insassen beherbergen. Der Kaufpreis, den die Kasse dafür bezahlte, betrug 260 000 Mark, die Kosten des Umbaus beliefen sich auf 2½ Millionen Mark.

BL. Oberkirch, 29. Mai. In Vottenau wurden die Eheleute Valentin Kiefer auf dem Acker von einem Gewitter überrascht. Sie flüchteten unter einen Baum und wurden dort von einem Blitzstrahl getroffen. Die Ehefrau fand dabei den Tod, der Ehemann erlitt Brandwunden.

DZ. Freiburg i. Br., 29. Mai. Heute vormittag gegen 6 Uhr starb infolge eines Gehirnschlages Domkapitular Dr. Peter Sedel im Alter von 70 Jahren. Geboren am März 1858 in Geroltsheim, erhielt er am 29. Jan. 1874 die Priesterweihe. Nachdem er als Vikar in Oberarmersbach, Raftatt und Mannheim tätig war, wurde er 1888 Kreisvikar in Tauberbischofsheim und 1890 in Offenburg. Seit Dezember 1900 gehörte er dem Freiburger Domkapitel an.

Aus der Landeshauptstadt.

Der Bürgerausschuß genehmigte gestern einstimmig die Vorlage betr. den Wohnungsbau 1920/21 (2. Bauabschnitt), bei der es sich um das schon früher besprochene 20 Millionen-projekt zur Errichtung neuer Wohnungen handelt. Des weiteren wurden die Vorlagen betr. die Herstellung der zweiten Hafenanfuhr und des städt. Industriegebietes bei der Paschi-

menhauergesellschaft und die Fortsetzung der Bauarbeiten, sowie betr. die Erweiterung des Städt. Wasserwerks, die Erhöhung der Bestattungsgebühren, den Erwerb einer Reihe von Anwesen und die Herstellung eines Verbindungswegs durch das alte Bahnhofsgebäude genehmigt.

* Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise. Die wesentliche Erhöhung der Preise der Kohlen macht eine Erhöhung der Gas-, Wasser-, Strom- und Kofapreise nötig. Der Lichtstrompreis ist auf 3,70 M. für die Kilowattstunde (bisher 3 M.) und der Kraftstrompreis für Kleinabnehmer auf 1,85 (bisher 1,50 M.) vorgenommen. Der Gaspreis wurde auf 1,50 M. für den Kubikmeter (bisher 1,35 M.) festgesetzt ufm.

* Heimkehr von Kriegsgefangenen. Wieder ist ein kleiner Trupp von deutschen Kriegsgefangenen aus dem Gefangenenlager von Avignon nach der Heimat zurückgekehrt. Am vergangenen Sonntag nachmittag passierten acht Gefangene über Mannheim unsere Stadt. Sie wurden von Stadtrat Wötter auf das herzlichste begrüßt und mit Liebesgaben und Blumensträußen bedacht. Am Abend wurden sie von den Mitgliedern der Ortsgruppe ehem. Kriegsgefangener zu einer kleinen Festlichkeit geladen, um den Männern, die so Schweres unter der Willkür in Feindesland gelitten hatten, Trost zu spenden und die Vergangenheit etwas vergessen zu lassen.

Weiter befindet sich noch eine größere Anzahl Deutscher in Avignon in Kriegsgefangenschaft, die in einer außerordentlich unglücklichen drückenden Lage sind, da sie nicht wissen, wann auch für sie die Erlösungsinde schlägt. Um der allgemeinen Entrüstung des deutschen Volkes Ausdruck zu geben, wird am Sonntag, den 12. Juni, ein „Avignonstag“ stattfinden, der von der Bundesleitung der M. e. R. Berlin für jede Stadt und jedes Dorf vorgelesen ist, an dem in flammenden Protesten für die noch in der Gefangenschaft schmachtenden Deutschen eingetreten werden soll. Da es gilt, deutschen Brüdern, die unsagbar Schweres in langen Jahren erduldet haben, zu helfen, so ist wohl ganz selbstverständlich, daß sich an dieser Kundgebung das deutsche Volk in einer Zahl und in einer Art beteiligen wird, daß unter ihrem Druck diesen Armen endlich die so lang vorenthaltene Freiheit zurückgegeben wird.

L. Der Hauptgewinn der Preussisch-süddeutschen Klassenlotterie mit einer Gewinnsumme von 500 000 Mark fiel in die Kollektur des früheren Bürgermeisters der Stadt Weinheim, des jetzigen Lotterielotterieurs Dr. Wetstein in Karlsruhe. Die glückliche Gewinnerin ist eine Losgesellschaft.

* Die Volkshauspiele in Ettigheim sind in diesem Jahr wieder aufgenommen worden und hatten sich bereits bei der ersten Aufführung des „Tell“, die von etwa 4000 Zuschauern besucht war, eines vollen Erfolges zu erfreuen. Die Szenarien hat eine sehr wertvolle Umgestaltung erfahren. Die Leistungen der Hauptdarsteller sowohl, wie die Massenszenen, so die Prozession der Landleute, das Erntefest und das Frühlingsfest mit Reigen, Tänzen und Chören dürfen als prachtvoll gelungen bezeichnet werden.

Badische Zeitungsstimmen.

Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zwecke der Orientierung; sie sollen ein abseitiges Bild geben von den Stimmungen und Anschauungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.

Ein Steuertruff?

In der „Badischen Landeszeitung“ befaßt sich Dr. Heinrich Kröze mit der Lage der Reichsfinanzen, wobei er u. a. auch auf die von steuerreformatorischer Seite aufgeworfenen Pläne zu sprechen kommt, nach denen u. a. die bereits bestehenden Fachverbände von Industrie, Handel, Handwerk und Landwirtschaft zu vier großen Spitzenorganisationen zusammengefaßt werden sollen, die als gewerbliche Steuerverbände zu fungieren hätten. Im Anschluß daran bemerkt er dann:

„Schon taucht auch der Gedanke auf, die Fachverbände, die so weitgehend zur Aufbringung der Steuer herangezogen werden sollen, nicht nur als Zwischeninstanz bei der Umlegung des Steuerbedarfs einzuschalten, sondern ihnen auch das Recht zu geben, alle möglichen Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Betriebe durchzuführen, um auch auf diese Weise zur Aufbringung der gewaltigen Summen beizutragen, die dem Reich zur Verfügung gestellt werden müssen. Man kann nicht darüber im Zweifel sein, daß das eine Unterstützung der bereits stark im Zuge befindlichen Vertrustung bedeuten würde, die mancher aus guten Gründen für ein Unglück hält. Ob aber auch diese neue Art der Vertrustung unter allen Umständen als ein Unglück anzusehen wäre, das ist eine Frage, die man nicht voreilig bejahen sollte. Die gegenwärtige Not des Vaterlandes drängt zu ungewöhnlichen Schritten, und es wäre zu überlegen, ob ein solcher Steuertruff mit wirtschaftlicher Machtvollkommenheit nicht das kleinere Übel ist gegenüber der Gefahr, daß Deutschland seinen übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommen kann und unsere Gegner uns daher mit einem Abgabensystem überziehen, das etwa dem türkischen Kapitulat ähnlich sehen könnte. Die bisherige Industrievertrustung ist gewiß zu einem Teil dem Mangel an einzelner Industriekapitalien aufs Konto zu schreiben. Man darf aber auch da nicht einseitig urteilen. Durch die Vertrustung, die ein Hand-in-Handarbeiten verschiedenartiger Unternehmungen gestattet, sind manche Fabriken überhaupt erst rentabel geworden. Der Unternehmer muß das Bestreben haben, mit möglichst geringem Aufwand möglichst viel zu erreichen, nicht nur um seine Taschen ausgiebig zu füllen, sondern auch, um die steuerlichen und sozialen Lasten tragen zu können, die ihm bisher schon in nicht geringem Maße beschieden waren. Dabei haben sich, wie ohne weiteres zuzugeben ist, allerdings mancherlei Nebenerscheinungen eingeschlichen, die sehr bedenklicher Natur sind. Es fragt sich aber, ob man nicht jetzt aus der Not eine Tugend machen und den Vertrustungsgedanken zur Gesundung der Reichsfinanzen nutzbar machen soll. Ein solcher Steuertruff hätte auch die Wirkung, daß die Industrieerträge, über die gegenwärtig so viel geredet wird, sich in normalen Grenzen halten; er würde auf der anderen Seite durch Kapitalisierung, Normalisierung und Typisierung, sowie durch die Zusammenfassung von Betrieben die deutsche Fabrikation höchst wahrscheinlich wirtschaftlicher gestalten. Man darf nicht vergessen, daß gegenwärtig unsere Produktionsmittel nur zu 40 Prozent ausgenützt werden und durch die dadurch bedingte Steigerung der Produktionskosten die Teuerung zum guten Teil herbeigerufen ist, unter der wir heute so sehr leiden. Hier könnten zum Wohle der Allgemeinheit mancherlei Reformen durchgeführt werden. Auch ohne mit den Verfechtern der Idee des Steuertruffes durch die und dünn zu gehen, kann man zugeben, daß sie einer Durchdenkung wert ist, da sie, wie schon erwähnt, vielleicht die Möglichkeit bietet, der dauernden Verflorung Deutschlands aus dem Wege zu gehen.“



